



Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/1623/2013**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 02.07.2013

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
Verfasser/-in: Michael Janitzki, Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts- und Europaausschuss	02.09.2013	Beratung
Stadtverordnetenversammlung	12.09.2013	Entscheidung

Betreff:

**Dispo-Zinsen der Sparkasse Gießen; hier: Senkung des Zinsatzes
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 01.07.2013 -**

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung appelliert an die Vertreter/-innen im Verwaltungsrat der Sparkasse Gießen, sich dafür einzusetzen, dass der Zinssatz für Dispositionskredite auf einen Zinssatz von höchstens 7,5 Prozent herabgesetzt wird.“

Begründung:

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank kommt nicht beim Bürger an. Obwohl der Leitzins historisch niedrig ist (0,5), sinken Zinsen für die Überziehung der Girokonten kaum (durchschnittlich von 10,51 auf 10,48). Billiges Geld soll – so die Absicht der EZB – die Banken dazu bewegen, mehr Kredite zu vergeben – an Unternehmen, aber auch an Verbraucher.

Zwar sind Banken gesetzlich verpflichtet, ihre Zinsen an einem Referenzsatz auszurichten. Die meisten nutzen dafür aber nicht den Leitzins der EZB, sondern den so genannten Euribor, zu dem sich die Banken und Sparkassen untereinander Geld leihen. Dieser liegt gegenwärtig noch niedriger als der Leitzins der EZB – bei 0,2. Er spiegelt auch die Refinanzierungskosten wider. Zu Recht wird deshalb seit Jahren von zahlreichen Verbraucherschutzorganisationen, Gewerkschaften, Parteien, der zuständigen Ministerin

bis hin zur EU-Kommission der hohe Dispozins in Deutschland kritisiert. Zuletzt sprach sich Steinbrück (SPD) für eine gesetzliche Deckelung bei 7 Prozent plus EZB-Zinssatz aus. Der Dispozins setzt sich meist aus drei Komponenten zusammen: Refinanzierung, Risiko und Liquidität des Kunden. Die Refinanzierungskosten liegen also bei 0,2 Prozent. Das Risiko ist vergleichsweise gering: Dispo-Kredite erhält nur, wer über regelmäßige Einkünfte verfügt. Die Ausfallquote für Dispokredite liegt bei 0,3 Prozent. Bei normalen Krediten sind es 2,5 Prozent. (lt. einer gemeinsamen Studie des Zentrums für europäische Wirtschaftsforschung und des Instituts für Finanzdienstleistungen, die Frau Aigner (CSU) im Juli 2012 vorstellte). Bei genauerem Hinsehen spricht also wenig für den gravierenden Aufschlag von 10 Prozent und mehr. Auch das oft zu hörende Argument, dass die vielen kleinen Dispokredite einen hohen Verwaltungsaufwand mit sich brächten, ist angesichts ständig wachsender Teilnehmer am Electronic Banking kaum ernst zu nehmen. Das Verbraucherschutzministerium fand 2012 heraus, dass die Deutschen insgesamt mit 40 Milliarden Euro „im Dispo“ sind. Das sind 500 Euro pro Bürger. Bei gut 10 Prozent belaufen sich die Zinseinnahmen für Banken und Sparkassen hierbei also auf über 4 Mrd. Euro. Die Sparkasse Gießen als Bank des Kreises und der Kommunen sollte sich als eine Sparkasse für Bürger profilieren und einen kräftigen Schritt zur Senkung des Dispozinssatzes machen. Dies wäre ein echter Wettbewerbsvorteil, der auch zur Attraktivität der Sparkasse und Gewinnung neuer Kunden beitragen könnte, die sich sonst weiter in Richtung Direktbanken bewegen.

Michael Janitzki